

Landtag aktuell

19. November 2009

Sitzung des NÖ Landtages Zwei Aktuelle Stunden

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Regionale Politik versus Zentrale Politik im Bereich des Verkehrs in Niederösterreich**“ abgehalten.

Abgeordneter Mag. Karl **Wilfing** (VP) meinte, laut Gesetz sei für den öffentlichen Verkehr und regionalen Nahverkehr der Bund zuständig. Bereits seit Monaten gebe es bei den ÖBB Fahrplanverspätungen, überfüllte Garnituren, ungerechtfertigte Fahrpreiserhöhungen und zu viele Langsamfahrstrecken. Dieser Ärger über die ÖBB sei aber kein niederösterreichisches Spezifikum, sondern ein österreichweites. Niederösterreich halte daher zu Recht vereinbarte Zahlungen für die ÖBB zurück. Das Land Niederösterreich vertrete die Interessen der Pendler und der Steuerzahler. Ziel sei es, für die Pendlerinnen und Pendler eine nachhaltige Verbesserung zu erreichen. Mittlerweile würden sich laut einer aktuellen Umfrage 66 Prozent der Pendler wünschen, dass das Land Niederösterreich möglichst viele ÖBB-Strecken übernimmt. Besonders problematisch sei die Situation der Mariazellerbahn, die in den letzten Jahren konsequent und nachhaltig von den ÖBB kaputt gespart wurde. Weiters erhalte die ÖBB bei einem Gesamtumsatz von 2 Milliarden Euro jährlich 6,59 Milliarden Euro Steuergeld.

Abgeordnete Amrita **Enzinger** (G) meinte, die Grünen würden sich zuverlässige und pünktliche öffentliche Verkehrsmittel für die Bevölkerung wünschen. Der hohe Koh-

lendioxid-Ausstoß und die Nicht-Erreichung der Kyoto-Ziele seien eine Folge des schlecht ausgebauten öffentlichen Verkehrs. Weiters liege das Land Niederösterreich im Bundesländervergleich bei den Investitionen in die Schiene an vorletzter Stelle. Außerdem seien in den letzten Jahren viele Regional- und Schmalspurbahnen in Niederösterreich eingestellt worden, auch die Situation der Ybbstalbahn habe sich verschlechtert.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) kritisierte die Streitigkeiten des Landes Niederösterreich mit den ÖBB auf Kosten der Pendler. Laut Gesetz müsse der Bund nur ein Grundangebot des öffentlichen Verkehrs für die Bürger sicherstellen. Darüber hinaus habe das Land Niederösterreich die Verpflichtung, das vorhandene Angebot weiter auszubauen. Letztlich seien vor allem die ÖBB-Manager, nicht die Mitarbeiter für die Versäumnisse der letzten Jahre verantwortlich. In Niederösterreich werde zu wenig in den öffentlichen Verkehr investiert, und zwar pro Kopf 32,70 Euro. In Salzburg hingegen seien es 58,40 Euro, in Tirol 83,70 Euro. In Zukunft werde der Individualverkehr um über 8 Prozent steigen, der öffentliche Verkehr aber um 7 Prozent abnehmen. Niederösterreich brauche dringend eine Öffi-Offensive, verbilligte und einheitliche Tarife, eine Qualitätssteigerung bei Bus, Bahn und Bahnhöfen sowie eine Übernahme der Schmalspurbahnen durch das Land.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, die Streitereien würden auf dem Rücken der Pendler ausgetragen. Die Bürger wollten Antworten auf Fragen nach gestiegenen Preisen, schlechten oder fehlenden öffentlichen Verbindungen. Parteipolemik bringe keine Lösungen. Es fordere ein Pendlerpaket für Niederösterreich mit einem Kostenausgleich, der Erhaltung der Nebenbahnen etc.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) sage, im Waldviertel sei die Bahn fast nicht mehr vorhanden. Selbst die Franz-Josefs-Bahn verkomme immer mehr zu einer Nebenbahn. Die Investitionen in die Straße seien in Niederösterreich nicht höher als in den öffentlichen Verkehr. Die Verbesserung des Bahnangebotes etwa im Waldviertel sei aber nicht

gelungen. Der Wieselbus mit mittlerweile 700.000 Fahrgästen pro Jahr zeige, dass attraktive Angebote auch angenommen würden.

Abgeordneter Herbert **T h u m p s e r** (SP) betonte, die SP sei auf Seite der ÖBB-Beschäftigten, aber nicht auf Seite des 2002 eingesetzten Managements, das die ÖBB innerhalb von sieben Jahren ruiniert habe. Mit Bruchteilen jener 600 Millionen Euro, die verspekuliert worden seien, hätten wesentliche Initiativen für Traisen-, Ybbstalbahn u. a. gesetzt werden können. Die Nebenbahnen seien ein wesentlicher Teil des ländlichen Raumes. Die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr seien in Niederösterreich geringer als in allen anderen Bundesländern.

Abgeordneter Hermann **H a u e r** (VP) erinnerte daran, dass Niederösterreich das erste Bundesland war, das 1991 ein Landesverkehrskonzept erstellt und 1999 Verkehrsdiensverträge abgeschlossen habe. Das Land Niederösterreich stehe für eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Interesse der Pendler. Diese erlebten durch die Miswirtschaft der ÖBB-Bosse Chaos, Fahrpreiserhöhungen, schlechtes Service, einen Kahlschlag und eine Ausdünnung des ländlichen Raumes.

Abgeordneter Erich **K ö n i g s b e r g e r** (FP) meinte, dass eine Tarifreform vonnöten sei und die Menschen mit den Zonenautomaten überfordert seien. Es gelte, die Bahnen zu erhalten; für die Ybbstalbahn sei ein vernünftiges Konzept erarbeitet worden, bei dem auch 60 Arbeitsplätze erhalten würden. Anzustreben sei die Verbesserung des Nahverkehrs durch Nebenbahnen und Busse sowie die Verbesserung der touristischen Infrastruktur. Die ÖBB müssten aufgefordert werden, ihrem Auftrag nachzukommen.

Landesrat Mag. Johann **H e u r a s** (VP) bezog sich auf die heutigen Demonstrationen im Vorfeld des Landtages und betonte, dass vor der falschen Tür demonstriert würde – man müsse sich an Ministerin Bures bzw. die ÖBB wenden, da immerhin der Bund und die ÖBB für den öffentlichen Verkehr in Niederösterreich zuständig seien. Seitens des Landes Niederösterreich würden jährlich 60 Millionen Euro in den öffentlichen Verkehr

investiert. Eine Erhöhung könne nicht in Betracht gezogen werden, weil „das Geld nicht beim Pendler ankommt“. Die ÖBB würde nicht kunden- und serviceorientiert arbeiten.

Ein positives Beispiel aus dem Bereich öffentlicher Verkehr sei das aktuelle Waldviertler Buskonzept, das die Mobilität von 250.000 BürgerInnen in der Region gewährleiste. Hier gebe es auch Kostenersparnis und damit Effizienz. Punkto Ybbstalbahn hielt Heuras fest, dass diese nicht mit der Pinzgaubahn vergleichbar sei. Abschließend meinte er, es gehe nicht um die Frage Bus oder Bahn, sondern um die Frage „Wie können wir für die Pendlerinnen und Pendler den öffentlichen Verkehr so organisieren und attraktivieren, dass er auch angenommen wird?“ Die Antwort darauf könne je nach Region ein vernünftiges Bus- bzw. Bahnkonzept sein.

Es folgte eine Aktuelle Stunde zum Thema **„Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik – Herausforderungen und Chancen für Niederösterreich“**. Abgeordneter Herbert Thumpser (SP) meinte, dass in Niederösterreich ArbeitnehmerInnen von der Wirtschaftskrise exorbitant betroffen seien und von einem zusätzlichen Konjunkturpaket profitiert hätten. Als Dilemma bezeichnete er die Tatsache, dass immer weniger Betriebe Fachkräfte ausbilden würden: So habe es 1988 noch über 7.000 Ausbildungsbetriebe gegeben, jetzt gebe es noch über 6.000, ein Minus von 17,7 Prozent. Auch die Zahl der Lehrlinge habe entsprechend abgenommen. Es müssten Initiativen gegen diesen Trend gesetzt werden; erst jetzt gebe es erste Erfolge in Form überbetrieblicher Lehrwerkstätten. Seiner Meinung nach werde das Land Niederösterreich in diesem Bereich künftig weitere zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen müssen. Das Nachdenken über ein etwaiges Fallen der „Hacklerregelung“ bezeichnete Thumpser als von Unwissenheit oder Ignoranz geprägt. Lebenslanges Lernen, Ausbildung und Qualifizierung wären die Maßnahmen, die aufgegriffen werden müssten. Man brauche in Niederösterreich für die Gemeinden einen Zukunftsfonds in der Höhe von 5 Millionen Euro, damit die Gemeinden weiterhin ein Motor der Entwicklung sein könnten.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, dass die bisher gesetzten Maßnahmen zur Stützung des Arbeitsmarkts nicht ausreichend seien. Speziell ging er auf die Bedeutung von Jobs im Umweltbereich, im Bereich der Betreuung älterer wie jüngerer Menschen und im Bereich Bildung ein. Auf diesen Sektoren gelte es, Akzente zu setzen.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) hielt fest, dass das Gesetz des Marktes ein Gesetz von Angebot und Nachfrage sei, das von Unternehmern geschaffen würde. In Niederösterreich habe die Politik Rahmenbedingungen gesetzt und ein Maßnahmenetz geschnürt. Die Wirtschaftsforscher sagten, man könne mit Optimismus in die kommenden Jahre blicken.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, der Wirtschaftsaufschwung sei „ein Wunsch ans Christkind“. Im Oktober 2009 habe es in Niederösterreich 38.483 Arbeitslose gegeben. Mit jenen, die in Schulung seien, gebe es 50.913 NiederösterreicherInnen ohne Job. Diese Personen hätten es verdient, dass man sich Gedanken mache. Es sei Aufgabe der Politik, hier entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Man solle nun die Möglichkeit nutzen, in Sonnen-, Wasser-, Wind- oder Bioenergie zu investieren und so Arbeitsplätze im Umweltbereich zu schaffen. Außerdem sollten mehr Lehrlinge in den öffentlichen Dienst aufgenommen werden. Auch die Klein- und Mittelbetriebe bedürften einer Unterstützung.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) meinte, dass sich 6.766 junge Menschen in „luftleerem Raum“ bewegen. Niederösterreich befinde sich auf dem dritten Platz hinter Oberösterreich und Tirol bei der Jugendarbeitslosigkeit. Sie forderte einen Kraftakt von Gemeinde, Land und Bund zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) sagte, die internationale Finanzkrise habe auch Niederösterreich erreicht. Nächstes Jahr solle sich die Wirtschaft um 1,5 Prozent stabilisieren. So blicke die Politik in eine positive Zukunft. Das Konjunkturpaket, das

vor einem Jahr gestartet wurde, greife in Niederösterreich. Weiters meinte sie, dass jeder Arbeitslose einer zuviel sei. Die Zusammenarbeit zwischen AMS, Wirtschaftskammer und Land Niederösterreich gut funktioniere. Schwierige Zeiten verlangten schnelles Handeln und kreative Maßnahmen.

Dritter Präsident Alfredo R o s e n m a i e r (SP) meinte, die aktuelle Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sei eine Herausforderung, aber auch Chance für unser Land. Durch den neuen NÖ Bildungsscheck für Unternehmer würden in Zukunft auch Führungskräfte eine kostengünstige Weiterbildung erfahren. Diese Initiative sei eine gute Ergänzung zur Bildungsoffensive des Landes für Arbeitnehmer. Auch die Wirtschaftsagentur ecoplus sei ein Symbol dafür, wie effizient die heimische Wirtschaft vom Land Niederösterreich unterstützt werde. Trotz dieser vielen Maßnahmen werde die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten weiter steigen. Daher bedürfe es neuer Aktionen und Förderungen, um zusätzliche Arbeitsplätze vor allem für die Jugendlichen zu schaffen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, in allen Regionen des Landes würden Arbeitsplätze fehlen. Vor allem im ländlichen Raum gebe es steigende Arbeitslosenzahlen, wovon besonders die Jugendlichen betroffen seien. Viele Arbeitsplätze seien in den letzten Jahren nach Osteuropa abgewandert. Schuld an der hohen Arbeitslosigkeit sei auch der unregelmäßige Zuzug aus dem Ausland. Zwar verzeichne Niederösterreich hohe Beschäftigungszahlen, trotzdem habe es noch nie so viele Arbeitslose gegeben wie heuer.

Landesrätin Mag. Johanna M i k l - L e i t n e r (VP) betonte, die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise habe auch vor den Grenzen Niederösterreichs nicht Halt gemacht. Die Arbeitsmarktsituation im Land sei angespannt, aber nicht aussichtslos. Im Oktober 2009 habe es insgesamt 562.000 Beschäftigte in Niederösterreich gegeben, das seien nur um 1.100 Beschäftigte weniger als im Jahr 2007. An diesen guten Zahlen könne man ersehen, dass die Maßnahmen des Landes greifen. Die Situation schlechter zu reden als

sie ist, schade Niederösterreich. Die betroffenen Menschen würden vor allem Zuspruch, Mut und Optimismus brauchen. In Niederösterreich werde alles getan, um die Krise optimal zu bewältigen. Besonders den Jugendlichen würde bereits nach der Schule eine umfassende Unterstützung von Seiten des Landes gewährt. So gebe es beispielsweise professionelle Lehrstellenvermittler, ein Lehrlingsauffangnetz sowie gemeinsame Lehrwerkstätten von AMS und Land Niederösterreich. Wichtig sei auch der angebotene Eignungstest, bei dem sich die Talente der Jugendlichen herauskristallisieren. Dabei werde das Phänomen bekämpft, dass Unternehmer entsprechende Lehrlinge suchen, aber keine finden. Andere erfolgreiche Initiativen seien auch „Start up“ und „50+“, die nur durch die enge Zusammenarbeit von Land Niederösterreich, AMS und Wirtschaftskammer entstanden sind.

Die nächsten Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung der NÖ Landesverfassung 1979** (Berichterstatter: Abgeordneter Mag. Gerhard Karner, VP)
- **Tätigkeitsbericht der NÖ Kinder & Jugend Anwaltschaft für den Zeitraum 1. Juli 2007 bis 30. Juni 2009** nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz (Berichterstatter: Abgeordneter DI Willibald Eigner, VP)
- **Änderung des NÖ Parteienförderungsgesetzes** (Berichterstatter: Abgeordneter Josef Edlinger, VP)

Abgeordneter Emmerich Weidbauer (G) sagte, die Grünen würden selbstverständlich die Aufnahme der Kinderrechte in die Landesverfassung unterstützen. Wichtiger sei aber, konkrete Aktivitäten und Initiativen für die Jugendlichen umzusetzen. Bereits im Jahr 2008 habe das Land Niederösterreich in einem Resolutionsantrag die Bundesregierung aufgefordert, eine Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung durchzusetzen. Weiters forderte er eine bessere Schulung für Familienrichter sowie eine fach-

liche Auseinandersetzung bei Trennungen und den damit verbundenen negativen Auswirkungen für die Kinder. Die Sozialarbeiter der Jugendwohlfahrt würden aus Kostengründen nicht mehr ihren Aufgaben nachkommen können, da zu wenige Heimplätze für Jugendliche in Niederösterreich existieren.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) meinte zur Änderung des Parteienförderungsgesetzes, dass es eine Ehre und auch große Verantwortung für alle Landtagsabgeordneten sein müsse, sich für die Menschen und ihre Anliegen einzusetzen. Verfassungsänderungen sollten lange überlegt werden und, wenn sie Sinn machten, einstimmig gefällt werden.

Abgeordnete Mag. Karin **R e n n e r** (SP) nannte die Parteienförderungsentscheidung eine gute. Es sei ein Gebot der Fairness, nicht das Los entscheiden zu lassen. Der Bericht der Kinder & Jugend Anwaltschaft sei hervorragend, die Arbeit der KIJA sei auch zweifach ausgezeichnet worden.

Abgeordnete Ingeborg **R i n k e** (VP) fügte sich in die Gratulationsreihe an die KIJA ein. Die Erfolgsgeschichte, Kinderrechte einzufordern und umzusetzen, müsse aber fortgeschrieben werden. Das Land Niederösterreich ermögliche den Kindern Hilfe, wann immer sie diese brauchen. Im Kulturbereich sollte nachjustiert werden und ein besonderer Schwerpunkt auf mehr kindergerechte Kultur gelegt werden.

Abgeordneter Ing. Martin **H u b e r** (FP) bedankte sich bei den Beschäftigten der Jugendwohlfahrt und regte an, den Bericht jährlich abzufassen. Das Projekt „Checkpoint Mobiles Jugendservice“ bediene sich einer fragwürdigen Wortwahl. Den Internetauftritt der Jugendinfo NÖ mit Partei- oder Landesgeldern zu unterstützen, sei ein Skandal.

Abgeordnete Heidemaria **O n o d i** (SP) betonte, die Interessen von Kindern würden manchmal nur eine untergeordnete Rolle spielen. Das Recht auf Anerkennung als eigenständige Persönlichkeit u. a. sei unbestritten. Im NÖ Landtag habe es bereits 2008 einen Resolutionsantrag auf Verankerung der Kinderrechte in der Bundesverfassung gegeben.

Die Aufnahme in die NÖ Landesverfassung sei ein wichtiger Schritt, um Kinder als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft zu etablieren.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) sprach von einem besonderen Tag. Die NÖ Landesverfassung sei ein Kernstück des Föderalismus und betone die Eigenständigkeit des Landes. Zudem sei die NÖ Landesverfassung im Gegensatz zur Bundesverfassung wertorientiert und habe einen inhaltlichen Maßstab. Mit Aufnahme der Kinderrechte sei Niederösterreich einmal mehr Vorreiter. Ein **Abänderungsantrag** gemeinsam mit den Abgeordneten Mag. Leichtfried, Waldhäusl und Dr. Petrovic bezieht sich auf die Ausweitung der Kontrollrechte für den Landesrechnungshof.

Sämtliche Anträge wurden einstimmig angenommen.

Die nächsten Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Erlassung eines NÖ Hundehaltegesetzes und Änderung des NÖ Hundesteuergesetzes 1979 und Änderung des NÖ Hundehaltegesetzes** (Berichtersteller: Abgeordneter Franz M o l d , VP)
- **Änderung des NÖ Polizeistrafgesetzes** (Berichtersteller: Abgeordneter Franz M o l d , VP)

Einem Abgehen von der notwendigen 24-Stunden-Frist zur Einbringung von Anträgen wurde einstimmig zugestimmt.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) eröffnete die Debatte: Die Definition der Gefährlichkeit von Hunden aufgrund ihrer Rasse sei sachlich nicht gerechtfertigt. Der Hund sei der beste Freund des Menschen, aber nur bis zum heutigen Beschluss. Das Gesetz sei auch aus juristischer und kynologischer Sicht ein Nonsens. Es gebe keine Determinanten zur Bestimmung bzw. Abgrenzung der Rassen. Das erhöhte Gefahrenpotenzial beruhe nur auf Vermutungen. In der Beißstatistik kämen die betroffenen Hunde-

rassen kaum vor. Die Hundehalter seien jetzt der Willkür der Behörden ausgeliefert, zudem bringe es erheblichen Verwaltungsmehraufwand.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) sprach von Anlassgesetzgebung und davon, dass in Stresssituationen von jedem Hund eine Gefahr ausgehen könne. Er wies darauf hin, dass die Arbeit in dieser Causa nicht auf Gemeinden bzw. BürgermeisterInnen abgewälzt werden dürfe. Stattdessen sollte das Gesetz von den Bezirkshauptmannschaften exekutiert werden. Anlassgesetzgebung habe noch nie funktioniert, und der Gesetzesentwurf solle „nochmals ernsthaft mit allen Parteien diskutiert werden“.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) merkte an, dass der Umgang mit Tieren immer Sachkenntnis voraussetze und ein Führerschein demnach im Grunde für alle notwendig sei. Dieses Gesetz werde „mit Sicherheit nicht mehr Sicherheit bringen“ und in der Praxis für Probleme im Vollzug sorgen. Es sei auch nicht zu verstehen, dass künftig HundehalterInnen beweisen müssten, dass ihr Hund einer bestimmten Rasse angehört. Zudem werde man Probleme haben, Mischlingshunde bzw. Tiere zu vergeben, die bereits schwer vermittelbar sind. Die größte Sicherheit könnten – zumindest in Tierheimen – die Pflegekräfte geben. Bezüglich der im Gesetz vorgesehenen Hundemarke sprach sie von einer Stigmatisierung, die auch Kindern vermittele, dass ein anderer Hund, der eine solche Marke nicht trägt, für sie ungefährlich sei. In anderen Ländern seien Rassenlisten, wie sie im Gesetz vorgesehen seien, bereits wieder zurückgenommen worden. Sie plädierte dafür, diesen Gesetzesentwurf an den Ausschuss zurückzuweisen und einer „legistischen Blamage für Niederösterreich“ zu entgehen.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) sagte, dass Unfälle mit Hunden natürlich betroffen machen, der neue Gesetzesentwurf allerdings unausgereift sei und solche Unglücksfälle nicht verhindern könne. Zudem werde dadurch das Problem auf die Gemeinden abgewälzt. Bei der Rassenliste handle es sich um eine willkürliche Einordnung von Hunderassen, zudem seien 85 Prozent der Hunde Mischlinge. Auch sie wies darauf hin,

dass Hunde von den Tierheimen künftig schwerer vermittelt werden könnten. Abschließend bemerkte sie, dass es nicht auf die Rasse, sondern auf die Halter und die Erziehung ankäme.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) meinte ebenso, dass ein solches Gesetz derartige Tragödien, wie sie kürzlich in Niederösterreich passiert sind, nicht verhindern könne. Viele Details dieses Gesetzes würden zudem zu einer Verschlechterung anstatt zu einer Verbesserung führen. Auch stelle sich die Frage, ob künftig Sachverständige haftbar gemacht werden können. Er gab zu bedenken, dass „gefährliche Hunde“ etwa aus Wien auf niederösterreichischem Boden keine rote Hundemarke tragen würden. Damit würde eher eine neue Gefahr geschaffen. Weiters kritisierte er die Verdopplung der Hundeabgabe. Seine Fraktion werde nicht zustimmen und auch keine Vertagung in einen Ausschuss beantragen, da durch dieses Gesetz die tragischen Bisse nicht zu verhindern seien. Seine Hoffnung liege beim Landeshauptmann, der hier „ohne Emotion und ohne populistischen Hintergrund fair“ urteilen solle.

Abgeordneter Mag. Karl **W i l f i n g** (VP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung und hielt fest, dass die Hundeabgabe bei Nutzhunden gleich bleibe.

Abgeordneter Rupert **D w o r a k** (SP) meinte ebenso, dass dieses Gesetz ungeeignet sei, „auch nur einen Bissfall zu verhindern“. Er meinte, dass bestimmte Hunde noch in die Hundeliste aufgenommen werden sollten, wobei wissenschaftliche Studien und die Meinung von Experten zu berücksichtigen seien. Schuld an Bissunfällen seien die Hundehalter. Das Gesetz sei so nicht vollziehbar.

Abgeordneter Karl **B a d e r** (VP) meinte, das bisherige Gesetz reiche nicht aus, um dieser Problematik Herr zu werden. Handlungsbedarf sei gegeben. Es solle ein Hundehaltegesetz und kein Kampfhundegesetz beschlossen werden. Die VP wolle klare Vorgaben und klare Regeln. Man wolle lediglich vorschreiben, was ein verantwortungsbewusster Hundehalter machen solle. Ein solches Gesetz habe sich in vielen anderen eu-

ropäischen Ländern bewährt. In einem **Resolutionsantrag** forderte er effektive Maßnahmen gegen unkontrollierten Handel mit Hunden und eine harmonisierte Regelung betreffend die Hundebildung. In einem weiteren **Resolutionsantrag** fordert er die Beseitigung von Unklarheiten im Tierschutzrecht.

Klubobmann Gottfried **Waldhäusl** (FP) meinte, das Hundehaltegesetz sei keine Angelegenheit des Tierschutzes, sondern der Sicherheit für den Menschen. Ein solcher falscher Antrag werde von seiner Fraktion nicht unterstützt.

Abgeordnete Dr. Helga **Krismer-Huber** (G) meinte, dass Klubobmann Schneeberger nicht den Mut habe, zum Anfang zurückzukehren und das Hundehaltegesetz nochmals zu überdenken. Für ein derartiges Gesetz sollten Experten einbezogen werden. Im Zentrum solle stets der Mensch stehen. Der Ansatz für ein solches Gesetz sei richtig, das Ergebnis lasse jedoch zu wünschen übrig.

Abgeordneter Emmerich **Weiderauer** (G) brachte einen **Antrag** auf Zurückweisung der zur Debatte stehenden Gesetzesentwürfe in den Ausschuss ein.

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Klubobmann Mag. Klaus **Schneeberger** (VP) fragte, was gegen eine Meldepflicht, gegen einen Hundeführerschein, erhöhte Strafen usw. spreche. Es sei problematisch, jene Hunde zu definieren, die ein erhöhtes Gefahrenpotenzial hätten. Das vorliegende NÖ Hundehaltegesetz sei ähnlich den Hundegesetzen in Deutschland und Vorarlberg. Jeder Hundebiss sei ein Problem, nur habe ein Biss eines Dackels andere Auswirkungen als ein Biss eines Rottweilers. Ohne dieses Gesetz vergebe sich der NÖ Landtag die Chance, eine Attacke eines Hundes auf einen unschuldigen Menschen zu verhindern.

Klubobfrau Dr. Madeleine **Petrovic** (G) erklärte, die vorliegende Regelung sei denkunmöglich und schramme an der Grenze der Verfassungswidrigkeit vorbei. Auch

kleine Hunde könnten im schlimmsten Fall, in einer absoluten Ausnahmesituation, ähnliche Verletzungen anrichten wie ein großer Hund.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) kritisierte, dass die VP das vorliegende Gesetz nicht rechtzeitig mit den anderen im Landtag vertretenen Parteien abgestimmt habe. Außerdem solle man den Vollzug des Gesetzes nicht den Bürgermeister*innen überlassen. Ziel müsse es sein, das beste Gesetz für die Kinder in diesem Land zu beschließen. Daher sei es notwendig, den vorliegenden Gesetzesantrag nochmals zu überdenken und erst im Dezember oder Jänner zu beschließen. Nur so könne ein breiter Konsens unter Einbindung der notwendigen Fachexperten erreicht werden.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) zeigte sich überzeugt, heute das beste Gesetz in dieser Frage zu beschließen. Man habe zwar mit Experten verhandelt, aber nicht alles eins zu eins umgesetzt, da letztlich immer noch die Politik die letzte Verantwortung trägt. Zudem sei seit über einem Monat bekannt, dass der nun vorliegende Gesetzesentwurf eingebracht werde. Aufgabe der anderen Parteien wäre es gewesen, selbst Ideen in die Gesetzesvorlage einzubringen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) erklärte, das vorliegende Gesetz hätte eine kollegiale Beratung verlangt, da es bisher noch kein Hundegesetz in Niederösterreich gegeben hat.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) betonte, im Ausschuss mehrfach verlangt zu haben, das Gesetz zurückzustellen und Experten zu Rate zu ziehen. Zudem könne die Exekution des Gesetzes nicht den Bürgermeister*innen überlassen werden.

Die Erlassung des NÖ Hundehaltegesetzes wurde mit der Mehrheit der Stimmen der VP angenommen. Der Resolutionsantrag des Abgeordneten Bader (Handel mit Hunden) wurde einstimmig angenommen, der Resolutionsantrag des Abgeordneten Bader (Unklarheiten im Tierschutzrecht) wurde mit den Stimmen von VP, SP und Grünen ange-

nommen. Die Änderung des Polizeistrafgesetzes wurde mit der Mehrheit der Stimmen der VP angenommen.

Die folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich für das Jahr 2008** (Berichterstatter: Abgeordneter Josef Edlinger, VP)
- **Bericht der Landesregierung betreffend NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds; Bericht über die Gebarung und Tätigkeit im Jahre 2008** (Berichterstatter: Abgeordneter Josef Edlinger, VP)
- **Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 2008** (Berichterstatter: Abgeordneter Josef Edlinger, VP)
- **Änderung des Flurverfassungs-Landesgesetzes 1975 (FLG)** (Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Hermann Haller, VP)
- **Änderung des Güter- und Seilwege-Landesgesetzes 1973** (Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Hermann Haller, VP)
- **Änderung der NÖ Jagdausschuss-Wahlordnung** (Berichterstatter: Abgeordneter Karl Moser, VP)

Abgeordnete Marianne Lembacher (VP) erklärte, der vorliegende Grüne Bericht zeige die Situation der Landwirtschaft des letzten Jahres auf und beschreibe ausführlicheren Leistungen für die Allgemeinheit. Dabei habe sich die Situation der niederösterreichischen Landwirtschaft aufgrund der internationalen Rahmenbedingungen dramatisch verschlechtert. So seien beispielsweise die Agrarpreise stark gesunken. Zudem seien die Preissteigerungen der vorangegangenen Jahre nicht bei den Landwirten angekommen, da gleichzeitig die Preise für Treibstoff und Dünger gestiegen seien. Ohne die Aus-

gleichszahlungen könnten die landwirtschaftlichen Betriebe nicht überleben. Rund 53 Prozent der Betriebe bewirtschafteten aktuell eine Fläche von weniger als 20 Hektar. Außerdem fehle bei vielen Betrieben ein Nachfolger. Niederösterreich habe aber seine Hausaufgaben für die Landwirtschaft erfüllt. Mittlerweile würden die heimischen Bauern Lebensmittel, Futtermittel und Energie aus nachwachsenden Rohstoffen erzeugen. Zum Weinbau erklärte sie, dass 2009 die Ernte geringer ausgefallen sei. Außerdem gebe es Rodeprämien für Weingärten zur langfristigen Marktentlastung. Aufgrund der freien Märkte könne die Politik keine Preisgestaltung vornehmen, aber gute Rahmenbedingungen für die Bauern schaffen.

Die Täuschung der Konsumenten durch Kunstprodukte sei nicht der Weg in die Zukunft. Die Gütezeichen geben hier Sicherheit in Bezug auf Herkunft und Qualität.

Abgeordneter Karl S c h w a b (FP) meinte, die Landwirte seien noch nie so verunsichert gewesen wie jetzt. In Ungunstlagen werde es bald keine flächendeckende Landwirtschaft mehr geben. Wenn es in Niederösterreich so gute Produkte gebe, müsse es dafür auch einen guten Preis geben. Weiterbildung sei wichtig, könne aber nicht alle Probleme lösen. Die Bauern hätten die geringste Pension und könnten sich kaum noch die Sozialversicherung leisten. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit KO Waldhäusl fordert eine Mindestpreisregelung für landwirtschaftliche Produkte.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) betonte, Niederösterreich könne stolz auf seine landwirtschaftlichen Produkte sein. Die Zukunft sei aber ebenso wenig rosig wie die Entwicklungsperspektive für den Einzelnen. Viel von dem zur Verfügung gestellten Geld bleibe in der Bürokratie hängen. Die flächendeckende kleinstrukturierte Landwirtschaft werde immer weiter zurückgedrängt. Ohne Ausgleichszahlungen hätten die Bauern keine Überlebenschance mehr. Die VP sollte hier mehr Mut zur Veränderung zeigen.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sagte, eine Milliarde Menschen leide tagtäglich an Hunger. Der Agrarmarkt sei alles andere als ein freier Markt. Der globale Markt müsse endlich reguliert werden, um mehr Verteilungsgerechtigkeit zu erlangen. Ein **Resolutionsantrag** ihrer Fraktion fordert eine Verlängerung der Beantragungsmöglichkeit höherwertiger Maßnahmen im Rahmen von ÖPUL. In Folge brachte sie gemeinsam mit den Abgeordneten Leichtfried, Dr. Petrovic, Enzinger und Weiderbauer einen **Resolutionsantrag** betreffend gentechnikfreie Futtermittel ein.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) widmete sich dem Grünen Bericht und meinte, dass Bauern als Energiewirte zu sehen seien und die Möglichkeit hätten, auf ihren Flächen Energie zu produzieren. Gemeinsam mit Abgeordnetem Schwab brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Änderung des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes ein.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) hielt fest, dass in Niederösterreich Landbewirtschaftung auch künftig gebraucht werde. Die Landwirtschaft lebe zu zwei Dritteln von Ausgleichszahlungen; diese seien nötig, um die gegebenen Strukturen zu erhalten. Die Debatte um die Lebensmittelpreise sollte in eine Wertedebatte umgewandelt werden. Weiters sprach er sich für eine Kennzeichnung der Produkte aus. Hinsichtlich des Jahres 2008 sprach er von einer Berg- und Talfahrt für die Landwirte, in der es zu einem Tiefstand bei den Preisen gekommen war. Man müsse sich fragen, warum das Geld nicht bei den Bäuerinnen und Bauern ankomme.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) meinte im Hinblick auf die Änderung der Jagdausschuss-Wahlordnung, dass mit der Novelle Unklarheiten bereinigt und ein reibungsloser Ablauf künftig gewährleistet werden solle. Insbesondere sprach er die Herabsetzung des Wahlalters, den Wahlbehördenbereich und die Reduzierung auf die Wahl von natürlichen Personen an. Mit dieser Novelle sei auch eine Entlastung der Gemeinden gewährleistet, und man werde dem Antrag zustimmen.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) betonte, dass die Situation in der Landwirtschaft keine einfache sei. Die Ausgleichszahlungen seien eine Notwendigkeit, und Spekulationen müsste entgegengewirkt werden. Entscheidend seien auch die Bereiche Aus- und Weiterbildung. Man sei in Niederösterreich im ländlichen Raum positiv und offensiv unterwegs und trete für diesen Raum sowie für den Bauernstand ein. Abschließend ging er auf die eingebrachten Resolutionsanträge ein und erklärte, diesen seine Zustimmung nicht geben zu können.

Der Grüne Bericht wurde mit Mehrheit gegen die Stimmen der FP zur Kenntnis genommen. Die vier Resolutionsanträge wurden abgelehnt. Der Bericht zum NÖ Landwirtschaftlichen Förderungsfonds wurde einstimmig zur Kenntnis genommen, ebenso der Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion. Die Änderung des Flurverfassungs-Landesgesetzes wurde gegen die Stimmen der FP angenommen. Die Änderung des Güter- und Seilwege-Landesgesetzes und die Änderung der NÖ Jagdausschuss-Wahlordnung wurden einstimmig angenommen.

Die beiden folgenden Anträge wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Ing. Andreas P u m , VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **NÖ Jahresumweltbericht 2009 und NÖ Klimaprogrammbericht 2004 - 2008.**
- **Änderung des NÖ Naturschutzgesetzes 2000 (NÖ NSchG 2000).**

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, dass der Klima- und Umweltbericht Zeugnis dafür gibt, dass viele Maßnahmen bereits gesetzt wurden. Da Raumordnung und Umwelt auf unterschiedliche Ressorts aufgeteilt ist, passiere einfach zu wenig. In Niederösterreich werde viel Geld nicht effizient genug ausgegeben. Der CO₂-Ausstoss in Niederösterreich sollte reduziert werden. Die mehr als 300 Gemeinden seien bezüglich Klimabündnis sehr bemüht. Die Daten des Berichtes sollten besser aufbereitet werden.

Abgeordneter Helmut D o p p l e r (VP) meinte, dass der Jahresbericht 2009 auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sei. Die Notwendigkeit für den Klimaschutz sei gegeben. Der derzeitige CO₂-Wert sei der höchste seit Beginn der Messungen. Weiters stiegen die Durchschnittstemperatur sowie der Wasserspiegel der Meere jährlich an. Niederösterreich reagiere aktiv auf den Klimawandel. Daher sei auch der Klimaschutz in der Landesverfassung verankert worden. 181 konkrete Maßnahmen und Zeithorizonte wurden gesetzt, von diesen wurden 156 bereits umgesetzt. Das Klimaprogramm soll konsequent weitergeführt werden, denn Niederösterreich erreiche mit dem Klimaprogramm eine weitere Vorreiterposition.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) meinte, dass Niederösterreich Handlungsbedarf in Bezug auf das Kyoto-Ziel habe. Von Seiten der EU habe das Land kein gutes Zeugnis erhalten. Umweltschutzmaßnahmen für Abfall, Klimaschutz und Bodenschutz müssten vorangetrieben werden. Auch in der Wasserwirtschaft solle eine nachhaltige Raumnutzung im Bereich des Naturschutzes gewährleistet werden. In einem **Resolutionsantrag** betreffend Granulitabbaugebiet in der Gemeinde Paudorf inmitten eines NATURA 2000-Gebietes forderte er die Verhinderung der geplanten Erweiterung.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meinte, dass eine nachhaltige Strategie bezüglich Klimaschutz festgelegt werden solle. Umweltpolitik solle nicht losgelöst, sondern als internationales Ziel betrachtet werden. Österreich sei jedoch meilenweit von den Klimazielen entfernt. Er verlangte eine „klare Sprache“ beim Umweltschutz, wobei der persönliche Nutzen für jeden einzelnen Bürger kommuniziert werden müsse. Vor allem bei der individuellen Mobilität und beim Verkehr habe es in den letzten Jahren große Zuwächse im Bereich der Kohlendioxidemissionen gegeben. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit den Abgeordneten Ing. Rennhofer, Sulzberger und Dr. Krismer-Huber einen **Resolutionsantrag** betreffend Förderung des Ankaufs von Elektrofahr-

rädern ein. Darin wird die Landesregierung ersucht, den Ankauf von Elektrofahrrädern speziell zu fördern.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) meinte, der Umweltbericht gebe einen Rückblick auf die Jahre 2004 bis 2009 und gewähre gleichzeitig neue Perspektiven für die Zukunft. Der Umweltschutz in Niederösterreich sei auf Nachhaltigkeit ausgerichtet, um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialen Zusammenhang und intakte Natur zu erhalten. Ein Schwerpunkt sei der Bodenschutz bzw. das Bodenbündnis, das gemeinsam mit Luft und Wasser die Basis unseres Lebensraumes bilde. Außerdem seien Umwelt und Energie nicht mehr voneinander zu trennen. Im Bereich der erneuerbaren Energie wie Biomasse, Wind, Sonne und Erdwärme sei Niederösterreich im Bundesländervergleich Vorreiter. Auch in der Buckligen Welt werde gerade ein Energiekonzept zusammen mit den Gemeinden erarbeitet.

Der Jahresumweltschutzbericht 2009 und der NÖ Klimaprogrammbericht 2004 bis 2008 wurden mehrheitlich gegen die Stimmen der Grünen zur Kenntnis genommen.

Der Resolutionsantrag Sulzberger (Granulitabbaugebiet Paudorf) wurde abgelehnt, der Resolutionsantrag von Mag. Leichtfried (Elektrofahrräder) wurde einstimmig angenommen. Die Änderung des NÖ Naturschutzgesetzes wurde gegen die Stimmen der Grünen mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) referierte zum **NÖ Energiebericht 2008 - Bericht über die Lage der Energieversorgung in Niederösterreich.**

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) betonte, die Energiepolitik der Gegenwart stehe vor Herausforderungen, die nur durch große Veränderungen und Reformen bewältigbar seien. Die Reduktion der Treibhausgasimmissionen sowie die Verbesserung der Versorgungssicherheit durch den Einsatz erneuerbarer Energiequellen müsse von der Bevölkerung und der Wirtschaft mitgetragen werden. Daher sei es besonders

wichtig, den Ausbau der erneuerbaren Energieträger wie Sonnenenergie, Wasserkraft zu forcieren und dabei auch den Wohlstand zu sichern.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) betonte, dass der NÖ Energiebericht, der Klimabericht und der Umweltbericht ineinander greifen. In Niederösterreich sei im Vergleich mit den anderen Bundesländern im Bereich der erneuerbaren Energie sehr viel erreicht worden. Bei der Photovoltaik und beim Ökostromgesetz müsse man aber noch mehr Geld in die Hand nehmen. Wichtig sei auch eine aktive Anti-Atom-Politik in einer europäischen Dimension über alle parteipolitischen Grenzen hinweg.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) erklärte, dass die Reaktoren aus Osteuropa mit russischer Technologie viel größere Sicherheitsdefizite ausweisen als westeuropäische Atomkraftwerke. Die Energiewende müsse sich in den Köpfen vollziehen und gehe von Bund, Land und Gemeinden bis hinunter zu jedem einzelnen Bürger.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) brachte gemeinsam mit Abgeordnetem Tauchner einen **Resolutionsantrag** betreffend Beschlussfassung für die Ausbezahlung des NÖ Heizkostenzuschusses für die Heizperiode 2009/2010 ein. Gerade Personen mit niedrigem Einkommen bräuchten eine garantierte Unterstützung bei der Finanzierung ihrer Heizkosten.

Abgeordneter Josef E d l i n g e r (VP) sagte, die Erkenntnis über die Notwendigkeit der Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und der Forcierung nachwachsender Rohstoffe sei immer nur von kurzer Dauer. Niederösterreich sei auf einem guten Weg: Der Anteil erneuerbarer Energie betrage 25 Prozent. Ziel sei es, diesen Anteil auf 50 Prozent zu heben. Ein **Resolutionsantrag** betrifft die Gewährung eines Bundes-Heizkostenzuschusses für die Heizperiode 2009/2010. Ein weiterer, von allen Fraktionen mitgetragener **Resolutionsantrag** legt in Bezug auf das AKW Mochovce ausführlich die niederösterreichische Position zur Anti-Atompolitik dar.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) sagte, ihre Fraktion werde dem Resolutionsantrag des Abgeordneten Edlinger zum Bundes-Heizkostenzuschuss nicht zustimmen. Das Land müsse nicht auf den Bund warten.

Der Energiebericht wurde mit den Stimmen von VP und SP mehrheitlich zur Kenntnis genommen. Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Vladyka (Bundes-Heizkostenzuschuss) blieb in der Minderheit. Jener des Abgeordneten Edlinger zum selben Thema wurde mit den Stimmen von VP, Grünen und FP angenommen. Der Anti-Atom-Resolutionsantrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landes-Finanzsonderaktion - Allgemein; Änderung der Haftungsermächtigung.**

Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden.**

Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) begründete die **Dringlichkeit des Antrages** der Abgeordneten Jahrmann, Weiderbauer u. a. betreffend **Situation an den österreichischen Hochschulen**: Der NÖ Landtag sollte sich mit den Forderungen der streikenden Studenten solidarisieren.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig zuerkannt.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) eröffnete die Debatte. Die Anliegen der Studierenden seien zu unterstützen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) schloss sich den Forderungen auf freien Hochschulzugang, zusätzliche Studienplätze u. a. an. Mit Berufsdemonstranten aus Deutschland aber solle sich der NÖ Landtag nicht solidarisieren.

Klubobmann Helmut C e r w e n k a (SP) sagte, es sei zu einem Aushungern der Universitäten gekommen. Jetzt hätten die Studenten selbst das Heft in die Hand nehmen müssen. Die SP trete weiterhin für einen freien Zugang zur Bildung und gegen Studiengebühren ein.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) nannte sich einen Freund von Bürgerbewegungen, wenn deren Inhalte legitim seien. Das sei bei den Studentenprotesten nicht der Fall. Diese würden nur von der krassen Minderheit getragen. Hochschulen seien ohne zumindest geringen Selbstbehalt nicht finanzierbar und ohne Zugangsbeschränkungen nicht machbar.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) sagte, das sei eine völlige Verken- nung der Tatsachen.

Der Antrag blieb in der Minderheit.

Es folgte eine **Debatte über die Beantwortung der Anfrage** des Abgeordneten Ing. Hu- ber an Landesrat Mag. Heuras betreffend **Internetauftritt Jugendinfo NÖ**.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, dass altersgemäße Informati- onen auch zum Thema Sexualität an Jugendliche weitergegeben werden könnten; das Verantwortungsbewusstsein dürfte im vorliegenden Fall gegeben sein.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) stellte den **Antrag**, die Anfragebeantwortung durch Landesrat Heuras nicht zur Kenntnis zu nehmen und forderte allgemein auf, künf- tig Anfragen entsprechend zu beantworten, damit man sich solche Debatten ersparen könne.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) meinte ebenso, dass man mit der gegebenen Antwort nicht zufrieden sein könne.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) vertrat die Meinung, dass Landesrat Heuras richtig geantwortet habe und der Tagesordnungspunkt nicht in die Zuständigkeit des

Landes falle. Er forderte Abgeordneten Huber auf, den zuständigen Politiker künftig telefonisch zu kontaktieren.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sagte, dass die FP recht habe aufzubegehren und der politische Anstand eine Aufklärung gebiete.

Der Antrag wurde abgelehnt (gegen die Stimmen der FP und der Grünen).

Schluss der Sitzung!